



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 131'901
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 10
Fläche: 32'514 mm²

Wirtschaftsspitze beendet Kampf gegen CO₂-Gesetz

Economiesuisse gibt ihren erbitterten Widerstand gegen das neue CO₂-Gesetz auf. Dafür sind jetzt die Hauseigentümer und der WWF nicht mehr zufrieden.

Sarah Nowotny

Bisher hat der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse das neue CO₂-Gesetz mit grossem Aufwand bekämpft und bei jeder Gelegenheit mit dem Referendum gedroht. Jetzt aber lenkt die Wirtschaftsspitze ein.

Im Interview mit der «NZZ am Sonntag» bestätigt Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta, dass die Bedingungen des Verbands erfüllt seien und er mit dem Gesetz in der jetzigen Form leben könne – sofern die Behörden es nicht anders interpretierten als angekündigt (vgl. Interview). In der Wintersession wird die Vorlage, welche die Senkung der CO₂-Emissionen zum Ziel hat, voraussichtlich vom Parlament verabschiedet.

Besänftigt hat die Gemüter der Wirtschaftsleute ein Gutachten der Universität St. Gallen. Dieses hält fest, dass Unternehmen gemäss neuem Gesetz auch in Zukunft einen Teil ihrer CO₂-Emissionen mithilfe ausländischer Klimazertifikate kompensieren dürfen. Mit dem Erwerb dieser Papiere erkaufen sie sich das Recht auf einen gewissen CO₂-Ausstoss. Economiesuisse hatte sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, das neue Gesetz setze zu stark auf teure Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Inland.

Doch kaum ist der gewichtigste Schweizer Wirtschaftsverband zufriedengestellt, droht neue Opposition. «Wir diskutieren im Moment, ob wir das Referendum ergreifen sollen», sagt Ansgar Gmür, Direktor des Hauseigen-

tümerversbands Schweiz. Ihn stört, dass weiterhin nur auf Heizöl eine CO₂-Abgabe erhoben wird, nicht aber auf Benzin. «Es kann doch nicht sein, dass nun die Hauseigentümer praktisch als einzige die Zeche zahlen müssen», sagt Gmür. Unklar ist noch, wie sich der Gewerbeverband und der Touringclub der Schweiz (TCS) verhalten werden.

Allerdings sind auch die bisherigen Befürworter der CO₂-Vorlage nicht mehr restlos davon begeistert. Die Umweltschutzorganisation WWF stört sich daran, dass das Bundesamt für Umwelt dereinst den Handel mit europäischen Klimazertifikaten als Inland-Massnahme gegen CO₂ abbuchen will. «Es ist falsch und unehrlich, den Kauf ausländischer Zertifikate als Massnahme im Inland zu verkaufen», sagt Patrick Hofstetter, Klimaspezialist beim WWF. Der Gesetzgeber habe den Ausstoss von Klimagasen ausschliesslich im Inland reduzieren wollen. «Auch

zugunsten des inländischen Gewerbes.» Die Chefin der Sektion Klima des Bundesamts für Umwelt verteidigt die geplante Regelung. «Im Einklang mit Umweltministerin Doris Leuthard sind wir der Meinung, europäische Klimazertifikate könnten ans inländische Ziel angerechnet werden», sagt Andrea Burkhardt. Die Zertifikate im europäischen Handel, an dem die Schweiz teilnehme, seien wie eine gemeinsame Währung. «Es ist irrelevant, woher die Münzen beziehungsweise Zertifikate kommen», sagt Burkhardt.

Der WWF lässt sich davon nicht überzeugen – und denkt deshalb noch nicht an einen Rückzug seiner Klimainitiative. Diese möchte die CO₂-Emissionen der Schweiz bis 2020 um 30 Prozent reduzieren – mit Massnahmen im Inland. Das CO₂-Gesetz, konzipiert als ihr Gegenvorschlag, sieht dagegen lediglich eine Inland-Reduktion um 20 Prozent vor.



LAURENT GILLIERON / KEVSTONE

Die Schweiz soll dank neuem CO₂-Gesetz in Zukunft weniger Klimagas ausstossen.